

Antrag

öffentlich

Datum

24.01.2006

Nummer

A0011/06

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herrn Ansorge

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

09.02.2006

Kurztitel

Abiturjahrgänge 2007

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit den in städtischer Zuständigkeit bzw. kommunaler Verantwortung stehenden Gremien wie beispielsweise den kommunalen Spitzenverbänden, der IHK, der HWK, bekannten Ausbildungsträgern, der Agentur für Arbeit, der Jobcenter ARGE Magdeburg, den Gymnasien u. a. Gespräche zu führen und Maßnahmen zu entwickeln, um mehr und hochwertige Ausbildungsangebote unterbreiten zu können, wenn 2007 zwei Abiturjahrgänge die Schulen verlassen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Kontakt mit der Landesregierung aufzunehmen mit dem Ziel, auf die landesweite Problematik aufmerksam zu machen und geeignete Maßnahmen abzustimmen, die verhindern, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die kein Studium antreten, wegen überproportional fehlender Ausbildungsplätze überproportional abwandern bzw. in die Arbeitslosigkeit fallen.

Begründung:

Laut Statistik der Kultusministerkonferenz vom Januar 2005 wird im Jahr 2007 in Sachsen-Anhalt der Anteil der Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung bei 56,8 % liegen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr (2006 werden 33,2% prognostiziert) eine Steigerung um ca. 40 %. Der Berufsbildungsbericht 2004 der Landesregierung von Sachsen-Anhalt prognostiziert für 2007 ca. 16 500 Absolventen mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife und damit eine Erhöhung um ca. 8 000 Absolventen. Die Steigerung ist darin begründet, dass 2007 in Sachsen-Anhalt zwei Abiturjahrgänge die Schule verlassen. Statistiken belegen, dass weniger als 50 % der Absolventen unmittelbar nach dem Abitur ein Studium beginnen.

Es handelt sich bei dieser Thematik zwar um einen landesweiten Effekt, trotzdem kann und muß die Kommune für ihre Schulabgänger im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung übernehmen und angesichts der Prognosen eigene Angebote unterbreiten, um den Betroffenen bei Interesse die Perspektive beispielsweise einer Berufsausbildung aufzuzeigen.

Dr. Schmidt
Stadtrat

